Nr. 128a
XXX. Jahrgang

Berliner Tageblatt

Berlin
12. März 1901

Parlaments-Ausgabe

Haus der Abgeordneten.

46. Sitzung vom 11. März, 11 Uhr.

Am Ministertisch: Dr. Studt.

Präsident **v. Kröcher** eröffnet die Sitzung mit geschäftlichen Mittheilungen.

Die zweite Berathung des Etats wird beim **Kultusetat**, Kapitel **„Schulaufsicht“**, fortgesetzt.

Abg. **Faltin** (Ctr.)

verlangt für Oberschlesien die Zulassung der polnischen Sprache für den Unterricht, besonders den Religionsunterricht, und wünscht vom Minister Aufklärung, welches Staatsinteresse dieser Forderung entgegenstehe. Durch das jetzige System arbeite die Regierung nur der Sozialdemokratie in die Hände.

Präsident **v. Kröcher:**

Es ist beantragt worden, mit der Besprechung zugleich die Titel 26—29 zu verbinden. Ich werde demgemäß verfahren. Für die **„Schulaufsicht“** sind danach **319 Kreisschulinspektionen** vorgesehen, davon acht neue Stellen. Die Budgetkommission beantragt, fünf dieser Stellen (in Eschweiler, Preußisch-Holland, Stuthof, Itzehoe und Recklinghausen) nicht zu bewilligen. Zugleich wird folgende **Resolution** von der Kommission beantragt: Die Regierung zu ersuchen, im nächsten Etat eine wesentliche Verstärkung des Fonds im Kapitel 121, Titel 29 vorzunehmen, damit die im Allgemeinen als unzureichend zu erachtende **Remuneration** für **nebenamtliche** Wahrnehmung der **Kreisschulinspektion** angemessen erhöht und zugleich die Möglichkeit geschaffen werde, in geeigneten Fällen **kleinere nebenamtliche Schulaufsichtsbezirke** neu zu bilden.

Kultusminister Dr. **Studt:**

Ich habe bereits früher und in der Kommission die Erklärung abgegeben, daß ich grundsätzlich damit einverstanden bin, daß die Verbindung des geistlichen Amts mit dem Kreisschulinspektorat aufrecht erhalten bleibt. Ein grundsätzlicher Unterschied zwischen der Auffassung der Mehrheit dieses Hauses und der Unterrichtsverwaltung ist nicht vorhanden. Ich habe aber auch bereits bemerkt, daß ich den von gewisser Seite angedeuteten **Gegensatz** zwischen dem hauptamtlichen und dem nebenamtlichen Kreisschulinspektorat **nicht anzuerkennen** vermag, und daß ich zu allen Kreisschulinspektoren das unbedingte Vertrauen hege, daß sie gewillt seien, den christlichen Geist der Volksschule zu erhalten. In der Kommission habe ich ausdrücklich erklärt, daß es sich hier um **Ausnahmefälle** handelt, in denen die Regierung nicht anders handeln könnte, wenn sie nicht namentlich technische unterrichtliche Interessen gefährdet sehen wollte. Ich bin bereit, die Frage eingehend und wohlwollend zu prüfen, inwieweit den Wünschen der Antragsteller auf Erhöhung der Entschädigung für nebenamtliche Kreisschulinspektionen entsprochen werden kann, und ich hoffe, daß die erforderlichen Mittel zur Einstellung in den nächsten Etat gelangen werden. Was die Neubildung kleinerer nebenamtlicher Schulaufsichtsbezirke betrifft, so behalte ich mir vor, bei den einzelnen Forderungen die Stellung der Regierung zu den Voraussetzungen, unter denen diese Forderungen gestellt sind, darzulegen. (Beifall rechts und im Centrum.)

Abg. Dr. **v. Heydebrand** (kons.):

Die Erklärung des Ministers ist entgegenkommender, als es bisher der Fall gewesen ist. Ich möchte daher dem **Minister** im Namen meiner Freunde meinen **Dank** für die abgegebenen Erklärungen aussprechen.

Abg. **Ernst** (fr. Vg.):

Der Abgeordnete Schall hat am Sonnabend in einer längeren Polemik gegen mich die Nothwendigkeit einer Beibehaltung der geistlichen Schulaufsicht zu beweisen gesucht. Er hat aber mehr Beweise dagegen als dafür geliefert. Seine Behauptung, daß er **Pädagogik** studirt habe, bezweifle ich gar nicht, aber bis zur **Logik** scheint er nicht vorgedrungen zu sein. Denn er hat mit einem kühnen salto mortale einfach sich selbst mit der Kirche identifizirt und von diesem Standpunkte aus behauptet, daß die Mitglieder des Deutschen Lehrervereins **Gegner der Kirche** seien. Das muß ich sehr entschieden bestreiten. Ebenso seine weitere Behauptung, daß der größte Theil der Lehrer sich der Zugehörigkeit zu seiner Kirche schäme. Ich fordere den Abg. Schall auf, ein solches Exemplar von Lehrer hier mitzubringen und auf den Tisch des Hauses niederzulegen. (Heiterkeit.) Die Lehrer sind nicht gegen die Kirche, auch nicht gegen die Geistlichen, deren kulturelle Bedeutung sie auch anerkennen, sondern nur gegen die **geistliche Schulaufsicht,** weil sie dieselbe für völlig unnöthig erachten, weil die Geistlichen weder die Zeit noch die Befähigung zur Ausübung dieses Nebenamtes haben. Mit dem Abg. Dittrich stimme ich darin überein, daß in der Schule alle Erziehungsfaktoren neben einander wirken sollen. Ich hebe auch nicht, wie der Abg. Sittart behauptete, für jeden Dorflehrer einen Fachmann als Aufsicht verlangt, sondern die **Ortsschulaufsicht** auf den Dörfern überhaupt für **überflüssig** erklärt. Was die in der Vorlage geforderten Kreisschulinspektoren anbetrifft, so handeln die Herren von der Rechten ja nur konsequent, wenn sie alle Mittel, welche die Volksschule heben könnten, ablehnen. Die **Konservativen** haben jetzt ihr Herz, das sie zum Centrum zieht, entdeckt und machen der Regierung **Opposition.** Früher standen sie auf der Seite der Regierung. Aber damals hatten wir auch eine starke Regierung und eine weniger starke konservative Partei. Heute ist's umgekehrt. Die Regierung hat ja nun die oft verlangte kompakte Majorität vor sich und kann sich löblich unterwerfen. Vielleicht kommen wir bald zu einem **konservativ-klerikalen Ministerium.** Den Widerstand des Centrums gegen die Vorlage begreife ich, weil die zur Zeit des Kulturkumpfs angestellten Kreisschulinspektoren nicht aus einer pädagogischen, sondern aus einer politischen Erwägung hervorgingen. Aber das Centrum wird doch nicht leugnen, daß sich die katholischen Schulen unter der Aufsicht von weltlichen Schulinspektoren ganz wesentlich gehoben haben. Namentlich in der Provinz Posen stehen sie jetzt ziemlich auf derselben Höhe wie die evangelischen. Meine Partei und ich wünschen deshalb lebhaft, daß die weltliche Kreisschulinspektion über das ganze Staatsgebiet ausgedehnt werde. In dem vorliegenden Kommissionsbericht hat die Staatsregierung nach meiner Auffassung so triftige Gründe für die neu geforderten Kreisschulinspektionen beigebracht, daß ich es nicht verstehe, wie eine große regierende Partei sich denselben verschließen kann. Allerdings sind auch wir mit der für Bochum geforderten **konfessionellen Scheidung** nicht einverstanden. Nach unserer Ansicht ist es ein Novum, das für die Regierung in Zukunft selber die schlimmsten Konsequenzen haben und schließlich zu einer Wiederauflebung der **katholischen Schulabtheilung** im Kultusministerium führen kann. Ich erkläre deshalb ausdrücklich auch Namens der freisinnigen Parteien, daß wir mit der konfessionellen Scheidung nicht einverstanden sind. Ueber die Bedeutung und die Arbeitsleistung der Kreisschulinspektoren hat der Kollege Hackenberg in der vorigen Session eine so vorzügliche Rede gehalten, daß ich es mir versagen kann, darauf näher einzugehen. Die freisinnige Partei ist mit mir der Ansicht, daß die Regierung auch nach der heutigen Ablehnung in den nächsten Jahren mit derselben Forderung kommen muß. Die Kreisschulinspektion im Hauptamt ist eine dringende Zeitforderung, und das **Rad der Zeit** werden auch Sie, meine Herren von der Rechten und von Centrum, **nicht aufhalten.** (Lebhafter Beifall links.)

Abg. Freiherr **v. Zedlitz** (freik.)

spricht mit so leiser Stimme, daß er auf der Tribüne im Zusammenhang nicht verständlich ist. Er erklärt die Vermehrung der Kreisschulinspektoren im Hauptamt für nöthig.

Ein **Regierungskommissar** des Finanzministers

erklärt, daß die Finanzverwaltung keine grundsätzlichen Bedenken gegen die Anträge der Kommission habe.

Abg. **Hackenberg** (natl.):

An und für sich ließe sich über eine höhere Remuneration der nebenamtlichen Schulinspektoren nicht reden. Es kann nur die Frage genügen. Aber es ist bemerkenswerth gewesen, daß die Antragsteller in der Kommission über die Höhe der heute den **nebenamtlichen Schulinspektoren** gewährten Remunerationen nicht klar waren. Sie glaubten, diese Remunerationen beliefen sich auf durchschnittlich **180** Mark, während sie in Wirklichkeit **400** Mark betragen. Dem Antrag der Budgetkommission auf Erhöhung der Remunerationen könnten wir nur dann zustimmen, wenn wir klar sähen, daß die jetzigen Remunerationen nicht ausreichen. Nun gebe ich zu, das mag der Fall sein. Es ist mir aber auch sogar mitgetheilt worden, daß die Remunerationen für Kreisschulinspektoren im Hauptamte oft unzureichend sind, und daß sich jedenfalls darin Unterschiede zeigen, die absolut nicht der Billigkeit entsprechen. Ein Kreisschulinspektor in **Oberschlesien,** der 77 Schulen zu revidiren hat, bekommt z. B. 1500 Mark, während ein Schulinspektor im Westen, der 74 Schulen zu revidiren hat, nur 900 Mark bekommt, wahrscheinlich wegen der billigeren Lebenshaltungsmittel im Westen. Namentlich von den hauptamtlichen Schulinspektoren wird vielfach Klage geführt über zu geringe und ungleichmäßige Remunerirung. Der Grund, weshalb wir zu dem Antrage der Budgetkommission unsere **Zustimmung nicht geben,** ist aber vor allem die **Tendenz des Antrages.** Wir können nicht zugeben, daß die höhere Remunerirung die nebenamtlichen Schulinspektoren — wenn sie sich infolge dessen auch vielleicht eine Schreibhülfe halten können — so entlastet, wie es erforderlich ist; aber die Tendenz des Antrages tritt fast noch klarer in dessen zweitem Theile hervor, wo von der Bildung neuer **kleinerer nebenamtlicher Schulaufsichtsbezirke** die Rede ist. Bedenken Sie doch, daß die Bildung zahlreicher kleiner Bezirke auch eine große Zahl von Personen erfordert, welche die Kraft, Ziele und Befähigung haben, in **wirksamer Weise** die Schulaufsicht auszuüben! Wir erwarten allerdings von der Remunerirung eine sorgfältige Prüfung der Frage, ob nicht sowohl die hauptamtlichen wie die nebenamtlichen Schulinspektoren in ihren Bezügen zu erhöhen sind; das Entscheidende aber für uns ist, daß die **Aufgaben** der Schulinspektion an sich **so wichtig** sind, daß sie auf die Dauer **nebenamtlich nicht ausgeführt** werden können, besonders da die Schulinspektoren Männer sein müssen, die in allen Einzelfragen der Schule genau Bescheid wissen, und denen sich die Lehrer daher gern unterordnen. Das Band zwischen **Kirche** und **Schule** wird durch die Kreisschulinspektion nicht gelöst. Wir sind vielmehr überzeugt, daß wir, je mehr wir den Anforderungen der Zeit entsprechen, um so mehr ein neues Band knüpfen zwischen Kirche und Schule, ihnen beiden gemeinsame Aufgaben vor Augen stellen und Geistliche und Lehrer dadurch binden, daß sie in **gegenseitiger Anregung** und **gegenseitigem Vertrauen** mit einander arbeiten für die höchsten und idealsten Aufgaben, die im Volksleben gestellt sind. Was die rein reale Frage anlangt, die uns hier vorliegt, so handelt es sich in diesem Augenblick nicht um die grundsätzliche Frage, ob hauptamtliche oder nebenamtliche, ob **Fachschulaufsicht oder nicht** Fachschulaufsicht, sondern nach den deutlichen und klaren Erklärungen der Regierung handelt es sich um rein praktische Verhältnisse, die eine Lösung fordern, um Mißstände, die Abhilfe verlangen, um die von **Geistlichen,** von allen Konsistorien und von allen in Frage kommenden Regierungsbehörden anerkannte Unmöglichkeit, in einer Reihe von Kreisen mit der nebenamtlichen Schulaufsicht vorwärts zu kommen. Dieser **Nothlage** gegenüber giebt es für meine politischen Freunde nur einen Standpunkt: den, daß wir die als nothwendig anerkannten Forderungen der Staatsregierung annehmen, daß wir also gegenüber dem Kommissionsbeschluß die Wiederherstellung der Regierungsvorlage fordern. Es hat mich sehr gewundert, daß die Konservativen in einigen Fällen die Bewilligung einer Kreisschulinspektorstelle aussprechen und in anderen Fällen die **Bewilligung** verweigern, daß sie in einem Falle die **Nothwendigkeit** anerkennend und im anderen nicht. Es ist sehr bedauerlich, daß Herr v. Heydebrand nicht einmal einen Versuch gemacht hat, unserem schwächeren Verständniß und unserem schwächeren Unterscheidungsvermögen hier durch eine Aufklärung ein wenig zu Hilfe zu kommen. (Heiterkeit und Sehr gut! links.) Wir verstehen den Unterschied nicht. Herr v. Heydebrand sagte in der Kommission, die Konservativen betrachteten diese Bewilligungsfrage vom kirchlichen Standpunkte aus. Nun, ich glaube auch den kirchlichen Standpunkt zu vertreten, aber ich bin ebenso davon überzeugt, daß man den **Interessen der Kirche** damit nicht diente, sondern sie schwer schädigte, wenn man Forderungen der Regierung ablehnte, die auf einen **guten Unterricht** und eine **gute Erziehung** unserer Jugend abzielen. (Sehr richtig!) Wenn Sie in dieser Weise vorgehen, dann erschweren Sie es der Staatsregierung, die Verantwortung für die gesunde Fortentwickelung unseres Volksschulwesens zu tragen. (Lebhafter Beifall.)

Ministerialdirektor **Kügler:**

Wenn in einzelnen Gegenden im Osten die Bezüge der Kreisschulinspektoren höher sind als im Westen, so liegt das an den **eigenartigen Verhältnissen** dieser Bezirke, die besonders häufige Inspektionen wünschenswerth erscheinen lassen.

Abg. **v. Bülow-Rothkamp** (kons.)

erklärt im Namen seiner Parteifreunde, daß sie die Kreisschulinspektionen im Hauptamte für **Itzehoe und Recklinghausen bewilligen** würden.

Abg. Dr. **Dittrich** (Ctr.)

vertheidigt die geistliche Schulaufsicht im Nebenamt. Seine Freunde seien nicht gegen eine hauptamtliche Schulaufsicht, nur scheine ihnen für die geforderten 8 Stellen noch kein Bedürfniß vorzuliegen.

Abg. **Ehlers** (fr. Vg.):

Der Vorredner hat sich in der Kommission gegen die Schulaufsicht im Hauptamte ausgesprochen; die drei Stellen sind gegen das Centrum bewilligt. Was sollen also diese Ausführungen? Es ist doch wirklich nicht einzusehen, weshalb für 5 Stellen ein **Bedürfniß** vorliegen sollte, an den übrigen 3 Orten aber nicht.

Ein Antrag auf Schluß der Erörterung wird abgelehnt.

Abg. **Kopsch** (fr. Vp.):

Die Lehrer auch des Rheinlandes sind für die **technische Schulaufsicht.** Die lokale Schulaufsicht ist überhaupt überflüssig. Die katholischen Lehrer und Rektoren arbeiten mit ihren evangelischen Kollegen durchaus Hand in Hand; Ausnahmen kommen ja vor. Aber ihretwegen braucht man nicht allgemein eine lokale geistliche Schulaufsicht einzurichten. In Berlin ist das Verhältniß durchaus gut.

Kultusminister Dr. **Studt:**

Ich freue mich, daß die Redner der Rechten hier im Hause einen milderen Standpunkt als in der Kommission einnehmen und nicht an der schroffen Ablehnung festhalten, sondern wenigstens einige Stellen noch bewilligen wollen. Ich **bedauere** aber, daß dies **Wohlwollen** sich nicht auch auf sämmtliche acht Schulinspektionen erstreckt. Das Bedürfniß ist unbestreitbar.

Die Erörterung wird geschlossen.

Persönlich bemerkt

Abg. **v. Heydebrand:**

Ich habe den Standpunkt meiner Partei dahin präzisirt, daß sie den Einfluß der Kirche auf die Schule möglichst gewahrt wissen will, und daß wir deshalb nicht die nebenamtliche geistliche Kreisschulinspektion beseitigen lassen wollen.

Abg. **Im Walle** (Ctr.):

Der Abg. Dr. Dittrich hat im Namen der Partei gesprochen.

Präsident **v. Kröcher:**

Das ist nicht persönlich.

In der Abstimmung über die einzelnen Stellen werden die Kreisschulinspektionen in **Eschweiler, Pr. Holland** und **Stutthoff abgelehnt,** die beiden in Bochum, die in Itzehoe, Recklinghausen und Charlottenburg **angenommen.**

Die durch diese Aenderungen hervorgerufenen Aenderungen der Etatstitel werden gleichfalls genehmigt. Die Summe der Mehrforderungen für die Kreisschulinspektionen beläuft sich demnach jetzt auf 13,320 Mark.

Der Antrag der Budgetkommission (bessere Dotirung) wird mit der dazu gestellten Resolution über die Schaffung kleinerer Schulaufsichtskreise im Nebenamte bewilligt.

Abg. **Zimmermann** (freik.):

Die Ortsschulinspektoren sind stark überlastet und müssen, wenn sie ihren geistlichen Beruf gewissenhaft erfüllen sollen, die **Schule vernachlässigen.** Die Remuneration müßte erhöht werden. Die Verwendung des Fahrrades möge den Kreisschulinspektoren erleichtert werden.

Abg. **Staake** (Ctr.):

Der Ortsschulinspektor ist nur in Ausnahmefällen überlastet. Ohne die geistliche Lokalaufsicht passive es doch leicht, daß ein Lehrer einmal die **Religion in zersetzender Weise** den Kindern **vorträgt.** Man will uns, den Geistlichen, kein Recht in der Schule einräumen, trotzdem wir Religionsunterricht ertheilen sollen. In Oberschlesien scheint man den Geistlichen die Schulaufsicht erschweren zu wollen.

Minister Dr. **Studt:**

Mir ist davon nichts bekannt. Bisher liegen Anträge auf Uebertragung der lokalen Schulaufsicht von schlesischen Geistlichen mir nicht vor. Ich kann also dem Vorredner auch eine Aenderung in dem bisherigen Verhalten der Unterrichtsverwaltung so lange nicht in Aussicht stellen, wie die Voraussetzungen keine anderen werden.

Abg. **Szmula** (Ctr.)

unterstützt die Beschwerde des Abg. Staake. Die Behandlung, welche die Regierung ihren Schulaufsichtsbeamten zu Theil werden lasse, sei unerhört; hier müsse Remedur geschaffen werden. (Redner ruft im Abgehen, als sich kein Regierungsvertreter zum Worte meldet: **Antwort kriegt man natürlich nicht!)**

Der Abschnitt **„Schulaufsicht“** ist damit **erledigt.**

Beim Titel **„Höhere Mädchenschulen“** setzt

Abg. **Ernst** (fr. Vg.)

auseinander, wie in der Besoldung der Lehrer und Lehrerinnen dieser Schulen die größte **Verworrenheit** herrsche, wie die Gehälter mit dem Gesetz über die Volksschullehrerbesoldungen durchaus nicht in Einklang zu bringen seien. In Elbing zum Beispiel erhält der Rektor 4200 Mark, der erste Oberlehrer 4800 Mark und der zweite Oberlehrer, ein noch junger Herr, 5100 M. Die Stadt gab dem Letzteren mehr, um ihn zu halten, während sie von den beiden Anderen, die schon älter sind, nicht befürchtet, daß sie sich noch anders wohin melden.

Abg. **v. Knapp** (natl.):

Die neunklassigen Mädchenschulen sind jetzt generell den Offizialschulkollegien unterstellt. Das ist immerhin ein **Fortschritt** in der Parität der Töchterschulen mit den Gymnasien. Die Stellung der Lehrer ist aber immer noch nicht genügend. Minister Bosse sagte einst, der **Titel Oberlehrer** solle nur von der Bewährung im Amte abhängen; die akademisch gebildeten Lehrer sind auch entsprechend gewertet, und auf sie ist auch der Normaletat angewendet worden. Mindestens müsse den Lehrern der Rücktritt an Knabenschulen offen bleiben.

Geheimrath Dr. **Wätzoldt:**

Die Unterrichtsverwaltung will die Mädchenschulen auch in ihren äußeren Verhältnissen fördern. Wir sind denn auch schon mit dem **Finanzminister** in Verbindung getreten und hoffen, daß wir bis zur nächsten Tagung für die öffentlichen Mädchenschulen Ihnen befriedigende Vorschläge machen können. Zur Hebung gehört auch die **Heranziehung** von **Akademikern** und ihre **angemessene Besoldung.** Wir haben schon die Patronate dazu zu veranlassen gesucht, und bereits in 50 Städten sind für die akademisch gebildeten Leiter und Lehrer dieser höheren Mädchenschulen die Sätze des Normaletats eingeführt. Wir wollen auch verfügen, daß diesen Lehrern der **Rücktritt an höhere Knabenschulen** offen bleibe. Dem Provinzialschulkollegium können wir nur die öffentlichen Mädchenschulen unterstellen. Wir dürfen aber die Leistungsfähigkeit der Gemeinden nicht außer Acht lassen.

Abg. Dr. **Mizerski** (Pole):

Seitdem der bekannte Spracherlaß die polnische Sprache auch für den **Religionsunterricht** in den Volksschulen beseitigte, sollte der polnische Religionsunterricht auch aus den mittleren und den höheren **Töchterschulen** verbannt werden. Man hatte aber keine Lehrer und so wird diese Verbannung erst jetzt zu Ostern in Kraft treten. Wie soll dabei der Religionsunterricht gedeihen?

Minister Dr. **Studt:**

Ich gebe es auf, mich über meine Grundsätze mit den Herren von der polnischen Fraktion zu verständigen. (Zustimmung rechts.) Die Zweifel an der rechtlichen Zulässigkeit der Maßnahmen der Regierung sind durchaus unberechtigt. Wir befinden uns völlig auf dem **Boden der Verfassung.** Eine Aenderung eintreten zu lassen, hat die Regierung keine Veranlassung. Zur **entgegenkommen** im Jahre 1891 ist durchaus **fehlgeschlagen,** wie wir neulich der Rede des Abgeordneten v. Jazdzewski entnommen haben. Die Anwendung der Verfügung von 1873 hat sich bewährt, besonders zum Schutze der deutschen Minoritäten. Ich bin durchaus im Recht, wenn ich behaupte, daß wir uns nur gegen eine systematische Polonisirung unserer Gebiete im Osten zu wehren haben. Auch die Regierung in Posen ist völlig im Recht gewesen, wenn sie zwischen öffentlichen und privaten Töchterschulen keinen Unterschied macht; es hat sich herausgestellt, daß deutsche Mädchen, die früher deutschen Unterricht erhalten haben, dem polnischen Religionsunterricht zugeführt sind. Deshalb hat eine Kontrole eintreten müssen. Ich möchte den Herren von der **polnischen Fraktion** noch einen Rath, eine **Warnung ertheilen.** Sorgen Sie dafür, daß die Angriffe, die das patriotische Gefühl und das **nationale Empfinden** der Deutschen in brutalster Weise beleidigen, endlich — aufhören — dann könnte vielleicht eine Milderung eintreten! So lange aber dieser **jetzige rohe Kriegszustand** von Ihrer Seite aufrecht erhalten wird, ist an eine Verständigung nicht zu denken. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. **Schall** (kons.):

Ich danke dem Minister für seine energische Sprache gegenüber den Polen. Ich muß ihm aber auch dafür meine **Anerkennung** aussprechen, daß er die Errichtung eines **Mädchengymnasiums** in **Köln abgelehnt** und damit eine große Zahl junger Mädchen vor dem Studium bewahrt hat. Wir wollen die jungen Mädchen vor der Emanzipation bewahren und die Familien vor dem Zwiespalt schützen, daß eine der Töchter eine höhere Bildung als die anderen erhält. Das **Examen als Lehrerin** für Volksschulen kann man von jungen Mädchen aus guter Familie verlangen. Sie kommen dann in der Schule mit den niederen Volksklassen zusammen und wirken sozial ausgleichend. Deshalb möchte ich dem Minister zurufen: „Landgraf, bleibe hart!“ (Lachen links.)

Abg. **Dittrich** (Ctr.)

erklärt, man sei den Bestrebungen der Mädchen schon weit genug entgegengekommen.

Geheimrath **Wätzoldt**

dankt den beiden Vorrednern dafür, daß sie den Standpunkt des Ministers billigten. Allerdings sei der Minister überzeugt, daß die **Mädchenschulen nicht** völlig den Ansprüchen der Neuzeit **genügten.**

Die Erörterung wird geschlossen.

Der Titel wird genehmigt